

Monarchische Geschichtspolitik*
*Die Schenkung des Hambacher Schlosses
an die Wittelsbacher 1842 und ihre erinnerungskulturellen
Folgen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*

HENNING TÜRK

Der Aufsatz beleuchtet die umkämpfte Erinnerung an das Hambacher Fest aus der Sicht der Wittelsbacher, die das Hambacher Schloss 1842 als Geschenk königstreuer Pfälzer erhielten. Die Schenkung empfand König Ludwig I. als „Entsöhnung“ des Ortes, der für ihn die anti-monarchischen Tendenzen von 1832 symbolisiert hatte. In der Folgezeit versuchten die Wittelsbacher durch den Besitz der Burgruine den erinnerungspolitischen Umgang mit dem Hambacher Fest gezielt zu lenken, indem sie nur königstreue Veranstaltungen genehmigten. Trotz der Abschaffung der Monarchie in Bayern 1918 gelang es ihnen, mit Hilfe des 1923 gegründeten Wittelsbacher Ausgleichsfonds weiterhin Einfluss auf die Hambach-Erinnerung auszuüben. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Hundertjahrfeier 1932, als die Wittelsbacher kritische Töne gegenüber dem ehemaligen Herrscherhaus geschickt unterbanden. Mit dem Verkauf 1952 ging die Schlossruine dann in staatlichen Besitz über. Damit begann eine zweite Karriere der Burg als „Symbol der Demokratie“, zunächst für das Land Rheinland-Pfalz und später auch für die Bundesrepublik.

* Für wichtige Anregungen danke ich Maria Theodora von dem Bottlenberg-Landsberg.

I. Einleitung

Geschichtspolitik ist „Inanspruchnahme von Geschichte für Gegenwartszwecke“¹. Eine besondere Faszination geht dabei von „authentischen Orten“ der Geschichte aus. Bei der Nutzung der Geschichte für Gegenwartszwecke geht es daher nicht nur darum, in Artikeln, Aufsätzen und Büchern die Geschichte umzudeuten und sich neu anzueignen, sondern häufig ist es auch das Ziel, den „authentischen Ort“ für sich zu beanspruchen und auf diese Weise symbolisch den Erfolg der eigenen politischen Weltanschauung zu untermauern.

Das zeigt sich besonders anschaulich bei der Hambacher Schlossruine. Diverse politische Richtungen versuchten bereits seit der Zeit unmittelbar im Anschluss an das Fest, das Hambacher Erbe für sich zu vereinnahmen und wollten diesen Anspruch mit Feiern, Fahnenweihen oder Umzügen am historischen Ort geltend machen. Das war jedoch kein einfaches Unterfangen, denn seit 1842 gehörte die Schlossruine den Wittelsbachern. Thronfolger Maximilian erhielt sie als Geschenk königstreuer Pfälzer zu seiner Hochzeit mit Marie von Preußen.³ Damit waren Maximilian und seine Nachfahren die Schlossherren. Sie konnten fortan entscheiden, welche Feiern ihnen genehm waren. Sie besaßen auf diese Weise die Macht, politische Richtungen zu fördern oder zu unterdrücken. Die Wittelsbacher waren damit ein zentraler Faktor für jegliche erinnerungspolitischen Anknüpfungsversuche an das Hambacher Fest. Als Besitzer des „authentischen Ortes“ konnten sie die Aneignungsversuche der verschiedenen politischen Richtungen lenken und beeinflussen und betrieben auf diese Weise selbst Geschichtspolitik.

Diese Schlüsselposition der Wittelsbacher soll im Folgenden genauer untersucht werden. Sie ist in der bisherigen Literatur, die sich mit dem erinnerungspolitischen Umgang mit dem Hambacher Fest auseinandersetzt, nur am Rande thematisiert worden.⁴ Insbesondere Dieter Schiffmann hat darauf hingewiesen, dass mit der Besitz-

1 *Heinrich-August Winkler*, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*. Göttingen 2004, 11.

2 Zur Diskussion des Begriffes der „Authentizität“ s. die Arbeiten des ehemaligen Leibniz-Forschungsverbundes „Historische Authentizität“, beispielhaft etwa *Christoph Bernhardt u. a. (Hrsg.)*, *Gebaute Geschichte. Historische Authentizität im Stadtraum*. Göttingen 2017.

3 *Joachim Kermann*, Das Hambacher Schloss als Hochzeitsgeschenk der Pfälzer an Kronprinz Maximilian von Bayern (1842), in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz* 80 (1982), 199–240.

4 Überblicke über die Erinnerung an Hambach liefern *Michael Kießner*, Das Hambacher Fest 1832. Ein Ort der Demokratie? Ein bayerischer Erinnerungsort?, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 81 (2018), 121–128; *Beata-Carola Padtberg*, Hambach – Erinnerungsort aus dem südwestlichen Vormärz, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 21 (2009), 29–54; *Dieter Schiffmann*, Das Hambacher Fest – Ein deutscher Erinnerungsort, in: *Joachim Kermann u. a. (Hrsg.)*, *Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832. Ursachen, Ziele, Wirkungen*. Ludwigshafen 2006, 333–386; *Markus Würz*, „Das Hambacher Fest, wenn es gut genützt wird, kann ein Fest der Guten werden“ – Die Jubiläumsfeiern des Hambacher Festes und die Deutungsmacht über historische Ereignisse, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 141/142 (2005/2006), 663–685.

übernahme der Schlossruine durch die Wittelsbacher „eine Traditionsbildung rund um das Hambacher Fest verhindert oder doch erschwert“⁵ worden sei. Eine systematische Untersuchung der Politik des bayerischen Königshauses steht jedoch noch aus. Insofern soll im Folgenden analysiert werden, welche Konsequenzen der Besitz des Hambacher Schlosses durch die bayerische Königsfamilie für den erinnerungspolitischen Umgang mit Hambach hatte. Das Quellenfundament für den Aufsatz bilden die Akten zum Hambacher Schloss im Bestand des Wittelsbacher Hausarchivs im Hauptstaatsarchiv München, auf deren Basis sich der Umgang mit der Ruine detailliert nachvollziehen lässt.⁶

Als Ausgangspunkt wird zunächst die 1842 erfolgte Schenkung an Maximilian im Fokus stehen. Was erhofften sich die Pfälzer davon und was der bayerische König Ludwig I., mit dem diese Schenkung abgesprochen wurde? Im Anschluss werde ich dann die nationalliberale Erinnerungsfeier von 1872 und die untersagte demokratische Erinnerungsfeier von 1882 aus der Sicht der Wittelsbacher in den Blick nehmen. Abschließend steht der 1923 eingerichtete Wittelsbacher Ausgleichsfonds im Zentrum der Untersuchung. Welche Folgen hatte diese Konstruktion für die Erinnerungsfeiern in der Weimarer Republik? Inwiefern gelang es den Wittelsbachern, mit Hilfe des Fonds den Umgang mit dem Hambacher Fest in der Weimarer Republik zu beeinflussen? Stephan Malinowski hat erst vor kurzem eindrucksvoll dargelegt, wie stark die preußische Herrscherfamilie der Hohenzollern nach der Abschaffung der Monarchie und des Adels in der Zeit der Weimarer Republik geschichtspolitisch aktiv war und bestimmte Bilder des Adels und der ehemaligen Herrscherfamilie verbreitete.⁷ Insofern erscheint in dieser Hinsicht eine Analyse des Wittelsbacher Umgangs mit ihrem geschichtskulturellen Erbe besonders aufschlussreich.

II. Eine konservative Überschreibung des Hambacher Fests: Die Schenkung des Schlosses an Thronprinz Maximilian und seine Frau Marie von Preußen

Nach dem Hambacher Fest von 1832, bei dem die Kritik an den Fürsten einen gemeinsamen Nenner aller Reden gebildet hatte, erstaunt es zunächst, dass sich nur zehn Jahre nach dem Fest in der Pfalz genügend Bewohner fanden, die eine Schenkung des Hambacher Schlosses an den bayerischen Thronfolger unterstützten und vor allem finanzierten. Die Schenkung der Schlossruine war jedoch nicht von Anfang an intendiert.

⁵ Schiffmann, *Hambacher Fest* (wie Anm. 4), 344.

⁶ Ich danke dem Chef des Hauses Wittelsbach für die schnelle und unkomplizierte Genehmigung der Benutzung von Akten aus dem Hausarchiv.

⁷ *Stephan Malinowski, Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration.* Berlin ⁵2022.

Stattdessen entwickelte das Projekt eines Hochzeitsgeschenks für den bayerischen Thronfolger und seine Frau Marie von Preußen eine überraschende Eigendynamik.

Erste Überlegungen für ein Hochzeitsgeschenk kamen im April 1842 auf.⁸ In verschiedenen pfälzischen Landkreisen und Städten entstand die Idee, eine Sammlung zu veranstalten und von den Geldern ein Geschenk zu erwerben. Die Aktion wurde dann von einem Zentral-Komitee in Kaiserslautern koordiniert, in dem vor allem lokale und regionale Regierungsbeamte sowie das Besitzbürgertum vertreten waren. Filialvereine in den Städten und Dörfern sollten die Gelder für das Geschenk sammeln. Die Veranstaltungsteilnehmer fassten hierfür vorrangig Schlossruinen oder noch bestehende Schlösser ins Auge. Abschließend richtete die Versammlung eine Adresse an König Ludwig I. mit der Bitte, ein Hochzeitsgeschenk für seinen Sohn durch die Pfälzer zu genehmigen, mit dem diese „ihre unwandelbare Anhänglichkeit an Eure Königliche Majestät und [das] Königliche Haus beurdnen“⁹ wollten. König Ludwig genehmigte das Ansinnen am 27. Juni 1842.

Während die Spendenkampagne anlief, sandte der ehemalige Mannheimer Oberbürgermeister Valentin Möhl einen folgenschweren Brief an König Ludwig I. Möhl wohnte mittlerweile in Mußbach, in der Nähe des Hambacher Schlosses, und schrieb eigenmächtig an den König, dass sich als Geschenk vor allem die Hambacher Schlossruine eigne. Diese sei nicht nur wegen ihrer Aussicht über den schönsten Teil der Pfalz und die Rheinebene geeignet, sondern die Auswahl hätte, wie Möhl betonte, „noch eine andere hohe Bedeutung“¹⁰. Er führte weiter aus:

Die Pfälzer würden dadurch an den Tag legen, daß die Richtung vom Mai 1832 nicht mehr bestehe, es wäre in dieser Beziehung eine Thatsache, die mehr als alles andere von den Gesinnungen zeugt, welche die Pfälzer gegen Ihren Erlauchten Pfalzgrafen und Allerhöchst dessen hohes Haus erfüllen.

Möhl schlug auch vor, das Schloss dann in „Maxburg“ umzubenennen. In seiner Abschiedsformel suggerierte Möhl, der nicht dem Kaiserslauterer Komitee angehörte und auch sonst noch nicht in Erscheinung getreten war, mit seinem Vorschlag für alle „Getreuen Pfälzer“ zu sprechen.

König Ludwig war von der Idee sehr angetan. Er schrieb an den pfälzischen Regierungspräsidenten Eugen Fürst von Wrede, ein solches Geschenk sei

ein neuer Beweis der Anhänglichkeit Meiner Pfälzer, und in der sinnigen Wahl dessen, was des Vorhabens Gegenstand bilde, fände ich eine wiederholte Bewährung, daß sie die Ge-

8 Das Folgende basiert, soweit nicht anders angegeben, auf *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3).

9 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 205.

10 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 213–214. Dort auch die folgenden Zitate.

sinnungen nicht geteilt, welche vor Jahren, einige Uebelgesinnte durch die verabscheuten Vorgänge auf der Höhe bey Hambach kundgegeben.¹¹

Dementsprechend teilte von Wrede dem Zentral-Komitee in Kaiserslautern die positive Aufnahme des Vorschlags durch den bayerischen König mit. Dadurch geriet das Zentral-Komitee unter Zugzwang. In den folgenden Sitzungen diskutierte es die verschiedenen Optionen, wobei auch Vertreter anderer Ortschaften ihre Ruinen und Schlösser anpriesen. Es kam daher auch die Möglichkeit auf, neben Hambach weitere Ruinen als Hochzeitsgeschenk darzubieten. Dem König und dem bayerischen Innenministerium, denen die Protokolle der Versammlungen zugingen, war das Gefeiße um die Ruinen unangenehm, zumal der König eindeutig Hambach präferierte. Das Innenministerium bat daher im Auftrag des Königs den Regierungspräsidenten von Wrede am 8. September, auf „vertraulichem Wege“¹² das Komitee darauf aufmerksam zu machen, dass das Geschenk mehrerer Ruinen unpassend sei. Der König präferierte das Hambacher Schloss nicht nur auf Grund der Lage, sondern auch „weil in dem Anerbieten gerade dieser Festgabe zugleich eine aus höchst erfreulicher Gesinnung hervorgehende Entsöhnung dieses [...] übel berufenen Ortes“¹³ stattfinde.

Der Begriff der „Entsöhnung“ scheint mir ein Schlüsselbegriff für das Verständnis des Vorgangs durch den König zu sein, der offensichtlich hoffte, durch die Schenkung der Hambacher Ruine auch symbolisch einen Sieg über die Fürstenkritiker von 1832 feiern zu können. Womöglich sah er auch die Chance, sich Einflussmöglichkeiten auf den Umgang mit dem Hambacher Erbe zu verschaffen, das immer auch an den Ort gebunden sein würde.

Da die Pläne des Zentralkomitees für alle offenlagen und offensichtlich war, dass mit der Schenkung ein symbolischer Triumph der Wittelsbacher über die Hambacher von 1832 einhergehen würde, könnte man eigentlich einen breiten Widerstand in der Pfalz gegen diese Pläne erwarten. Allerdings gab es dort keine offene Opposition gegen das Projekt. Eine öffentliche Kritik war zu diesem Zeitpunkt kaum möglich, denn nach dem Hambacher Fest war die bayerische Regierung rigoros gegen missliebige Persönlichkeiten vorgegangen.¹⁴ Die Hambacher Organisatoren waren daher zum Großteil ins Ausland geflüchtet. Außerdem hatte die bayerische Regierung regionale Beamte, die aus der Pfalz stammten, durch regierungstreue Beamte aus Altbayern ersetzt. Jede politische Regung wurde von bayerischer Seite genau beobachtet und zügig unterbunden. Insofern finden sich auch in oppositionellen Blättern, wie etwa

11 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 214.

12 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 217.

13 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 217.

14 *Michael Martin*, „In strenger Vollziehung der Gesetze.“ Die Zeit der Reaktion nach dem Hambacher Fest, in: *Kermann u. a. (Hrsg.)*, *Freiheit* (wie Anm. 4), 311–332.

der *Neuen Speyerer Zeitung* des Liberalen Georg Friedrich Kolb, nur Wiedergaben der Schlossschenkungspläne, ohne diese zu kommentieren.¹⁵

Stattdessen suchte sich die Opposition ein Ventil im benachbarten Großherzogtum Baden. So veröffentlichte die *Mannheimer Abendzeitung* am 8. September einen Beitrag, der ein Gegenprojekt ventilierte. Der anonyme Verfasser rief dazu auf, einen eigenen Verein zu gründen und diesen bei der öffentlichen Versteigerung der Burg mitbieten zu lassen. Der Artikel verwies auf den „Geist der Freiheit“¹⁶, der 1832 den Fürsten „hohe Achtung einflößte vor der Stimme des Volkes“. Daher sei es wichtig, dass die Hambacher Schlossruine

in Hände übergehe, die das Andenken an jene Zeit [...] zu schätzen wissen und [...] dem Streben jener wackern Männer, die dort ihr freies Wort erschallen ließen, gewissermaßen Anerkennung zollen würden.

Durch den Artikel in der *Mannheimer Abendzeitung* erhöhte sich der Druck auf das Komitee in Kaiserslautern. Einerseits war klar, dass der König die Hambacher Schlossruine als Geschenk für seinen Sohn präferierte. Andererseits entstand jetzt ein Versuch oppositioneller Kreise, das Hambacher Schloss zu erwerben. Die Gelegenheit dazu bot die auf den 24. September angesetzte Versteigerung der Schlossruine, die 1823 von mehreren Neustadter Bürgern gekauft worden war und mittlerweile einer Erbgemeinschaft gehörte. Dem Kaiserslauterer Zentralkomitee gelang es dann bei dieser Versteigerung, das Schloss und den dazugehörigen Grundbesitz zu erwerben.

Eine Woche später kam eine Generalversammlung von Delegierten der einzelnen Filialvereine in Kaiserslautern zusammen, um die immobilien und mobilen Geschenke, die das Zentralkomitee gekauft hatte, abschließend zu besprechen. Wrede berichtete König Ludwig, dass in der Versammlung auch der Versuch oppositioneller Kräfte zur Sprache gekommen sei, die Hambacher Ruine zu kaufen. Dahinter sehe die Versammlung die liberalen badischen Landtagsabgeordneten Johann Adam von Itzstein und Adolf Sander am Werke. Wrede hob hervor, dass vor allem der Artikel in der *Mannheimer Abendzeitung* zu dem „festen und einmüthigen Entschluss“ geführt habe, „jetzt müsste es eben Hambach, und nur Hambach sein, welches zur Festgabe zu bestimmen sei“¹⁷. Die Versammlung akzeptierte Ankauf und Schenkung daher einstimmig.

Daraufhin sandte das Zentral-Komitee eine Eingabe über die geplanten Geschenke an den König und bat ihn, seine Zustimmung zu erteilen.¹⁸ In dem Schreiben schlug

15 Siehe zum Beispiel den Artikel: Kaiserslautern, 15.8.1842, in: Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung vom 17.8.1842, 1. Zu Georg Friedrich Kolb s. *Elmar Krautkrämer*, Georg Friedrich Kolb (1808–1884). Würdigung seines journalistischen und parlamentarischen Wirkens im Vormärz und in der deutschen Revolution. Meisenheim/Glan 1959.

16 *Mannheimer Abendzeitung* Nr. 211 vom 8.9.1842, 849, Stadtarchiv Mannheim. Vgl. *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 217–218.

17 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 223.

18 *Kermann*, Hambacher Schloss (wie Anm. 3), 225.

das Komitee auch vor, das Hambacher Schloss zukünftig in „Maxburg“ umzubenennen. Beides wurde vom König akzeptiert, so dass das Schloss am 12. Oktober dem Kronprinzen als Geschenk dargebracht werden konnte.¹⁹

Die Schenkung und der neue Name symbolisierten, dass sich die Monarchie gegenüber den Fürstenkritikern vorläufig durchgesetzt hatte. Zudem konnten die Wittelsbacher durch den Besitz des Schlosses fortan auch den geschichtspolitischen Umgang mit dem Hambacher Schloss aktiv mitgestalten.

Ihre Pläne, zunächst die „Maxburg“ zu einem Aufenthaltsort der Wittelsbacher in der Pfalz umzugestalten, blieben jedoch im Ansatz stecken. Zwar beauftragte Maximilian noch den Architekten August von Voit mit den Umbauarbeiten, die 1844 begannen.²⁰ Die „Maxburg“ und die Vorstellungen Voits, der die Ruine in ein „repräsentatives Königsschloss“²¹ umwandeln wollte, entsprachen allerdings nicht den Vorstellungen der Wittelsbacher. Diese waren eher an einem schlichteren Landsitz interessiert. Zudem verspürte Maximilian, im Gegensatz zu seinem Vater, keine enge Bindung an die Pfalz. Als Ludwig I. ab 1846 die Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben als Sommerresidenz erbauen ließ, verlor Maximilian endgültig das Interesse, so dass die Arbeiten Ende 1846 eingestellt wurden. Insofern blieb auf dem Schlossberg eine doppelte Ruine zurück, in deren Erhalt die Wittelsbacher auch in den folgenden Jahrzehnten nur das Nötigste investierten. Umso begehrt waren die Ruine und die Anhöhe, auf der sie thronte, bei den politischen Parteien und Gruppierungen, die sie in den folgenden Jahrzehnten immer wieder für ihre Zwecke nutzen wollten. Der Umgang der Wittelsbacher mit diesen Anfragen soll im Folgenden anhand einiger prägnanter Beispiele analysiert werden.

III. Nationale Einheit und zunehmende Entpolitisierung von Hambach: Die Erinnerungsfeiern im Kaiserreich

Die Hambach-Erinnerung hatte bis zur Gründung des Kaiserreichs bereits einige Konjunkturen erlebt. Sie war 1848 sehr präsent, ohne jedoch den Ort des Festes für sich zu beanspruchen.²² Nach dem Scheitern der Märzrevolution rückte das Hambacher Fest

19 Die Schenkungsurkunde findet sich in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BHStA), Abteilung III: Geheimes Hausarchiv, Kabinettsakten König Maximilian II, Nr. 12j.

20 *Eugen Franz*, Vom Hambacher Schloss zur Maxburg. Ein Beitrag zur Geschichte des Umbaus, in: Pfälzisches Museum 49 (1932), 153–161; *Hans-Jürgen Kotzur*, Forschungen zum Leben und Werk des Architekten August von Voit, Bd. 2. Katalog der Bauten Voits in der Pfalz. Köln 1977, 44–65; *Jakob Straub*, Neuere Untersuchungen zur Baugeschichte des Hambacher Schlosses, in: Landkreis Neustadt/Weinstraße (Hrsg.), Beiträge zur Erneuerung des Hambacher Schlosses 1968/69. Neustadt/Weinstraße 1970, 43–133.

21 *Kotzur*, Forschungen, Bd. 2 (wie Anm. 20), 49.

22 *Erich Schneider*, Hambacher Fest und 1848/49er Revolution, in: Erich Schneider / Jürgen Keddigkeit (Hrsg.), Die Pfälzische Revolution von 1848/49. Kaiserslautern 1999, 23–28.

dann in den Hintergrund. Insbesondere die realpolitische Wende der Liberalen, die vor allem auf eine stärkere Berücksichtigung machtpolitischer Aspekte setzten, veränderte den Blick auf das Hambacher Fest. Da dort vor allem Ideen und Vorstellungen geäußert worden waren und die Hambacher Redner keine ihrer Forderungen unmittelbar umsetzen konnten, erschien es als Höhepunkt eines idealistischen Politikverständnisses, das für die Realpolitiker wenig Anknüpfungspunkte bot.

Das änderte sich dann deutlich mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871, mit der zumindest eine Teilforderung der Hambacher – die deutsche Einheit – vollzogen wurde. Als ein Jahr später das vierzigjährige Hambach-Jubiläum anstand, sahen vor allem die Nationalliberalen darin eine Chance, ihrer politischen Richtung mit einer Hambach-Erinnerungsfeier eine historische Tiefendimension zu verleihen. Sie planten daher, die Reichsgründung als Verwirklichung der Ideen von Hambach zu porträtieren. Auf diese Weise wollten sie auch ihre dominierende Position in der Pfalz absichern.²³

Die pfälzischen Nationalliberalen suchten zunächst den Regierungspräsidenten der Pfalz, Paul von Braun, auf, der die geplante Jubiläumsfeier unterstützte. Anschließend schrieb der Bürgermeister von Neustadt, Ferdinand Maucher, im Namen der Organisatoren an den persönlichen Sekretär des bayerischen Königs Ludwig II., August von Eisenhart. Maucher schilderte ihm die geplanten Feierlichkeiten und charakterisierte die hinter dem Fest stehenden Sichtweisen:

Die Tendenz des Festes ist eine deutsche und loyale, Dank gegen die Fürsten, gegen die Staatsmänner und das deutsche Volksheer, welche den Drang der Nation nach Einheit verwirklicht und das deutsche Kaiserreich errichteten, wird den Grundton und Schlußstein der Festlichkeit bilden.²⁴

Zudem hob Maucher den großen Anteil Ludwigs II. an der Gründung des Kaiserreichs hervor. Deswegen sei kein anderer „Orte Deutschlands passender und würdiger“ als das Hambacher Schloss, der „Grund u[nd] Boden“ des Königs.

Ludwig II. war mit der politischen Grundtendenz der Erinnerungsfeier einverstanden und genehmigte die Nutzung der Hambacher Schlossruine am 7. Mai 1872.²⁵ Daraufhin konnte die Feier wie geplant am 27. Mai 1872 stattfinden. Der nationalliberale

23 Zur führenden Rolle der Nationalliberalen in der Pfalz in der Reichsgründungszeit s. *Ernst Otto Bräunche*, *Parteien und Reichstagswahlen in der Rheinpfalz von der Reichsgründung 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914. Eine regionale partei- und wahlhistorische Untersuchung im Vorfeld der Demokratie*. Speyer 1982; *Henning Türk*, *Ludwig Andreas Jordan und das Pfälzer Weinbürgertum. Bürgerliche Lebenswelt und liberale Politik im 19. Jahrhundert*. (Bürgertum, Neue Folge, Bd. 12) Göttingen 2016, 351–368.

24 Ferdinand Maucher an August von Eisenhart, Neustadt, 25.4.1872, BHStA, Abteilung III: Geheimes Hausarchiv, Hofsekretariat, Bd. 52. Dort auch die weiteren Zitate. Vgl. auch *Erich Schneider*, *Die Hambacher Festjubiläen 1872 und 1882*, in: *Hambach 1832. Anstöße und Folgen*. Wiesbaden 1984, 100–130, hier 107.

25 August von Eisenhart an Ferdinand Maucher, München, 7.5.1872, BHStA, Abteilung III: Geheimes Hausarchiv, Hofsekretariat, Bd. 52.

Pfälzische Kurier berichtete ausführlich über die Feierlichkeiten, in denen vor allem die Einheit gefeiert wurde.²⁶ Damit sei die Kernforderung der Hambacher Festes von 1832 erfüllt.

Die einseitige Betonung des Einheitsgedankens und die Huldigungen der Fürsten stießen bei der linksliberalen und demokratischen Presse auf wenig Gegenliebe.²⁷ Die Erinnerungsfeier war aus ihrer Sicht eine Karikatur des Hambacher Festes von 1832. Sie hielt die Forderung nach Freiheitsrechten für wesentlich und sah diese im neuen Kaiserreich noch nicht verwirklicht. Als der pfälzische Ableger der demokratischen Deutschen Volkspartei 1882 zum fünfzigjährigen Hambach-Jubiläum ein eigenes Erinnerungsfest plante, machten ihm jedoch die Wittelsbacher einen Strich durch die Rechnung.

Die Verwaltung des Privatfamilienfideikommisses Maximilians II.²⁸ erhielt am 13. April 1882 einen ausführlichen Brief des pfälzischen Regierungspräsidenten von Braun zu den geplanten Feierlichkeiten.²⁹ Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei in der Pfalz, der Hambacher Weinhändler Georg Friedrich Grohé, habe sich an das Bezirksamt Neustadt mit der Bitte gewandt, eine Erinnerungsfeier an das Hambacher Fest veranstalten zu dürfen. Aufgrund der bisherigen Vorbereitungen ging von Braun davon aus, dass die Erinnerungsfeier überregionalen Charakter haben werde, denn es sei mit Besuchern aus Baden, Württemberg und der Stadt Frankfurt zu rechnen. Als Festredner sei der demokratische Reichstagsabgeordnete Karl Mayer aus Stuttgart vorgesehen.³⁰ Der Regierungspräsident warnte daher, „daß die politische Richtung des Festes die demokratische sein wird“. Von Braun kam zu dem Fazit:

- 26 Hierzu und zu dem Folgenden: Einladung zu einem Erinnerungs- und Dankesfeste auf der Maxburg (Hambacher Schloss) am 27. Mai dieses Jahres, in: *Pfälzischer Kurier* Nr. 112 vom 14.5.1872, 1; Neustadt, 27. Mai, in: *Pfälzischer Kurier* Nr. 123 vom 28.5.1872, 1.
- 27 Hierzu und zu dem Folgenden: *Erich Schneider*, Die Feier zum 40. Jahrestag des Hambacher Festes 1872 – Ein Jubiläum im Schatten der Reichsgründung, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv* 11 (1982), 203–236; *Schneider*, Hambacher Festjubiläen (wie Anm. 24), 106–118.
- 28 Aus dem Privatvermögen des 1864 verstorbenen Maximilian II. wurde im Januar 1870 ein Privatfamilienfideikommiss eingerichtet. Siehe *Karl Weber*, Neue Gesetz- und Verordnungen-Sammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung. Anhangband. München 1894, 599.
- 29 Präsidium der Königlich Bayerischen Regierung der Pfalz an die Administration des königlichen Privat-Familien-Fideicommisses weiland Seiner Majestät Königs Maximilian II. betr. die Feier der 50jährigen Wiederkehr des Hambacher Festes, Speyer, 15.4.1882, BHStA, Abteilung III: Geheimes Hausarchiv, Hofsekretariat, Bd. 52. Dort auch die folgenden Zitate.
- 30 Karl Mayer war in der Märzrevolution politisiert worden und hatte seitdem demokratische Positionen vertreten. Nach seinem Exil in der Schweiz kehrte er 1863 nach Württemberg zurück, wo er zum zeitweiligen „informellen Haupt“ der demokratischen Fraktion im Stuttgarter Landtag aufstieg. Als Reichstagsabgeordneter zwischen 1881 und 1887 setzte er sich vor allem für demokratische Reformen im Kaiserreich ein. Siehe *Hartwig Brandt*, Karl Mayer, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 16. Berlin 1990, 531–532.

[D]ie Umstände sind ganz anders gelagert als vor 10 Jahren in Ansehung des ‚Erinnerungs- und Dankfestes‘, welches [...] mit allerhöchster Bewilligung seiner Majestät des Königs in den Räumen der Maxburg [...] abgehalten worden ist.

Interessanterweise gingen die Veranstalter von der Deutschen Volkspartei auch gar nicht davon aus, dass König Ludwig II. ihnen die Burg für die Feierlichkeiten überlassen würde. Stattdessen planten sie die Feier nur „im Angesicht des Schlosses“. Auch ein Festzug auf die Burg sei nicht vorgesehen. Ein zentraler Bestandteil des Festes sei jedoch, dass die Festteilnehmer vom Festplatz aus „als Einzelne die Maxburg besuchen und occupiren[sic]“. Bereits darin sah von Braun eine Gefahr. Er kam daher zu dem Schluss:

Es wird ohne Zweifel den Nimbus des Festes und seiner Zugkraft wesentlich zu beeinträchtigen geeignet sein, und seiner Wirkung bis zu einem gewissen Grade die Spitze brechen, wenn den Theilnehmern das Betreten des Schauplatzes der Vorkommnisse, welche den Gegenstand der Feier bilden sollen, auch in der beabsichtigten Weise unmöglich gemacht wird.

Von Braun empfahl daher „die sofortige Schließung der Burg für den Fremdenbesuch“. Damit diese Maßnahme nicht für Unruhe Sorge, könne man diese am besten mit geplanten Bauarbeiten begründen.

Die Anregungen des pfälzischen Regierungspräsidenten fielen in München auf fruchtbaren Boden. Die Verwaltung des Fideikommisses stimmte der Anregung von Brauns zu und informierte den für die Verwaltung der Maxburg zuständigen Hambacher Oberförster Caspar Miege.³¹ Er wurde angewiesen, die Maxburg sofort für Besucher zu schließen und Vorschläge für vorzunehmende Arbeiten zu unterbreiten. Das Bezirksamt Neustadt untersagte dann auch mit Hilfe des Sozialistengesetzes die nicht auf der Maxburg vorgesehenen Feierlichkeiten, so dass es der demokratischen Deutschen Volkspartei nicht möglich war, sich mit Hilfe der Jubiläumsfeier in die Hambach-Tradition einzuschreiben.³²

Nach diesen ersten Jahren des Kaiserreichs, in denen die Parteien das Hambacher Fest zur Legitimation ihrer eigenen politischen Richtung nutzen wollten, wandelte sich der Umgang mit dem Hambacher Schloss. Zwar versuchte vor allem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), sich als wahre Erbin von Hambach zu inszenieren und dabei auch durch das Hissen roter Fahnen auf der Schlossruine den

31 Administration des königlichen Privat-Familien-Fideicommisses weiland Seiner Majestät Königs Maximilian II. an das Präsidium der königlich bayerischen Regierung der Pfalz betr. die Feier der 50jährigen Wiederkehr des Hambacher Festes [Entwurf], München, 4.5.1882; Administration des königlichen Privat-Familien-Fideicommisses weiland Seiner Majestät Königs Maximilian II. an den königlichen Oberförster Miege betr. die Feier der 50jährigen Wiederkehr des Hambacher Festes; beide in: BHStA, Abteilung III: Geheimes Hausarchiv, Hofsekretariat, Bd. 52.

32 Schneider, Hambacher Festjubiläen (wie Anm. 24), 120–125.

Raum symbolisch zu erobern.³³ Insgesamt dominierte aber eine touristische Nutzung der Hambacher Schlossruine, da der Schlossberg eine herrliche Aussicht über die Rheinebene bot und die Ruine romantische Erwartungen bediente. Diese Entwicklung griffen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die verschiedenen Verschönerungs- und Heimatvereine auf. Insbesondere tat sich dabei der 1902 gegründete Pfälzerwald-Verein hervor. Er schlug der Verwaltung des Privatfamilienfideikommisses vor, den nördlichen Hauptturm der Ruine so zu sanieren, dass man ihn begehen könnte. Das würde die Attraktivität der Ruine für den Tourismus weiter steigern. Prinzregent Luitpold genehmigte den Vorschlag, so dass der Turm seit Juli 1908 erklommen werden konnte. Der Pfälzerwald-Verein arrangierte dafür eine besondere Weihe-Feier, in der die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte des Hambacher Schlosses im Mittelpunkt stand. Zudem dankten die Vereinsmitglieder der Großzügigkeit der Wittelsbacher und sandten ein Huldigungstelegramm an Prinzregent Luitpold.³⁴

Wie dieses Beispiel verdeutlicht, spielte das Hambacher Fest von 1832 bei diesen Feiern und Inszenierungen der Heimatvereine keine Rolle mehr. Ruine und Schlossberg wurden in dieser Zeit entpolitisiert. Stattdessen überwog der romantische Blick in eine ferne Vergangenheit, der zudem die pfälzische Treue an das bayerische Königshaus beschwor.³⁵ Da von diesem Geschichtsbild keine Bedrohung für die Wittelsbacher mehr ausging, änderte sich auch ihr Umgang mit der Ruine. Hatte bisher das königliche Forstamt die Oberaufsicht über das Hambacher Schloss und die sie umgebenden Wälder innegehabt, so erlaubten es die Wittelsbacher jetzt dem Bezirksamt in Neustadt, direkt und ohne Rücksprache mit dem Forstamt über die Genehmigung von Veranstaltungen auf dem von Vereinen begehrten Festplatz vor der Ruine zu entscheiden.³⁶ Dabei sollten insbesondere die Regelungen des bayerischen Vereinsgesetzes vom Februar 1850 berücksichtigt werden, das unter anderem Aufrufe zur Gesetzesübertretungen bei Versammlungen unter Strafe stellte und in solchen Fällen die sofortige Auflösung der Versammlung erlaubte.³⁷

33 *Erich Schneider*, Sozialdemokratie und Hambacher Fest, in: Willi Rothley / Manfred Geis (Hrsg.), *Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest. Neustadt/Weinstraße 1982*, 297–374. Siehe hierzu auch den Beitrag von Anna Strommenger.

34 *Albert Becker*, Die Weihefeier auf der Maxburg, in: *Der Pfälzerwald* 9, Heft 12 (1908), 1–2.

35 Zu den Geschichtsbildern des Pfälzerwald-Vereins und der in dieser Zeit aufkommenden Verschönerungsvereine s. *Celia Applegate*, *Zwischen Heimat und Nation. Die pfälzische Identität im 19. und 20. Jahrhundert. Kaiserslautern 2007*, 75–130.

36 Bürgermeisterrat Hambach an die Administration des Privatfamilienfideikommiss Seiner Majestät des Königs Otto, Hambach, 1.5.1903; Präsidium der königlichen bayerischen Regierung der Pfalz (von Neuffer) an die Administration des Vermögens seiner Majestät des Königs Otto von Bayern betr. die Abhaltung von Waldfesten auf dem königlichen Besitztum Maxburg, Speyer, 15. Mai 1903; Königliches Forstamt Neustadt an das königliche Bezirksamt Neustadt betr. die Abhaltung von Waldfesten in dem königlichen Besitztum Maxburg, Neustadt, 14.5.1903; alle in: BHStA, Abteilung III: Geheimes Hausarchiv, Administration König Otto v. Bayern, Bd. 1911.

37 Das Vereins-Gesetz für das Königreich Bayern vom 26. Februar 1850. Nördlingen 1874.